



also 160

Juni 2021

GEW Wuppertal

Extraseiten

GEW Solingen

GEW Mettmann



Impressum:

also 160
Juni 2021

GEW
Stadtverband
Wuppertal

Paradestr. 21
42107 Wuppertal

Tel. 0202 - 440261
Fax 0202 - 455050

wuppertal@gew-nrw.de
www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:
Mo-Do 12 -17 Uhr

v.i.S.d.P.:
Helga Krüger

Redaktion
und Layout:

Susanne Adlung
Kerstin Beulke
Helga Krüger
Ulla Weinert

Druck:
Druckerei Schöpp

Der Bezugspreis
ist im
Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Extraseiten von
GEW Solingen
GEW Mettmann

Fotos: Pixabay, GEW

Inhalt:

Testzentrum Schule	03
„Ran an den Stift“: Briefe an die „also“	04
Homeoffice fordert bis ins Mark	05
Anspannung in der Kita	06
Entgrenzung der Arbeitszeit	07
Noten und Klausuren hinterfragen	09
Einiges passt nicht zusammen	10
Interview mit Lotta, 11, Rennes/Bretagne	13
Der große Bluff Sozialindex	16
1. Mai 2021 in Wuppertal	24
Tarifrunde TVL im Herbst	26
Geburtstage GEW Wuppertal	29
Nachruf für Gerhard Sennlaub	30
Nachruf für Dr. Renate Gerling	31
Frisch eingestellt im Schuldienst:	33
OBAS, PE, VOBASF: Stufenzuordnung	34
Kinderkrankentage	35
GEW Solingen	
Rückblick auf die Jahreshauptversammlung	37
Ausstellung Max-Leven-Zentrum ist eröffnet	39
Solidarität ist Zukunft—1. Mai in Solingen	42
Kontakte	43
Geburtstage GEW Solingen	44
GEW Mettmann	
Geburtstage GEW Mettmann	46
Kontakte	48
GEW Wuppertal: Vorstand	50
GEW Wuppertal Personalräte	51

Testzentrum Schule

Jetzt endlich offiziell anerkannt

// Darauf haben wir doch schon lange gewartet. Endlich kommt die Botschaft des Schulministeriums, die Schulen sind nun ordentliches Testzentrum. //

Nach den Verpflichtungen für die Schulleitungen der Grundschulen, in den Osterferien ca. 72 Stunden im Bereitschaftsdienst auf die Lieferung der Selbsttests zu warten, nach der Suchaktion der Lehrkräfte in allen Kellerräumen und Kinderzimmern nach Duplosteinen und Wäscheklammern, um Standsicherheit für Teströhrchen zu gewährleisten, liefert das Schulministerium jetzt noch den letzten fehlenden Baustein für die Anerkennung als ordentliches Testzentrum: die Ausstellung von Testbescheinigungen. Doch eines fehlt jetzt noch. Die Vergütung von 18€ pro Test, die könnten wir nämlich gut gebrauchen, um die miese Ausstattung der Schulen auf Vordermann zu bringen.

Bescheinigung über das Vorliegen eines positiven oder negativen Antigen-tests zum Nachweis des SARS-CoV-2 Virus
(Test result certification)



Testzentrum/Teststelle (Testing centre)
Name der Schule





Ran an den Stift!

Briefe an die also-Redaktion

Entgrenzung der Arbeitszeit, Sorge um die Gesundheit, Ärger über die Ausstattung - Dienststrecker für Lehrkräfte sind in Wuppertal Fehlanzeige, digitale Ausstattung der Schüler*innen lässt weiter auf sich warten - Sorge, die Kinder nicht fördern und erreichen zu können, Frust über die Ignoranz und schlechte Kommunikation des Schulministeriums - die Liste ließe sich fortsetzen. Die also-Redaktion bedankt sich sehr für eure tollen Texte, die wir gerne nachfolgend abdrucken.

Homeoffice fordert bis ins Mark

Jeden 2. Tag Nudeln mit Tomatensauce

// Morgens, noch vor dem Frühstück, der Rechner wird eingeschaltet. Man will ja keine Zeit verlieren und tatenlos neben dem Computer sitzen, bis das System hochgefahren ist. Ich habe halt nichts zu verschenken und schon gar nicht Zeit. Die ist knapp. //

Die Kinder wecken, für sie etwas Müsli bereit stellen, kurz checken, ob die Computer im Kinderzimmer auch laufen und danach schnell vor den Arbeitsrechner. Dann geht es los: 7.50 Uhr Unterrichtsbeginn als Videokonferenz. Vorab noch den virtuellen Schreibtisch einrichten. Dieser präsentiert sich inzwischen auf zwei Monitoren. Dann noch das Tablet auf den Tisch stellen für die Mitarbeitsnoten. Der Arbeitsplatz gleicht inzwischen dem eines Brokers. Natürlich habe ich das alles selbst angeschafft - Dienstrechner, was ist das? Und ich halte das System eigenständig am Laufen. Müssen die Broker das wohl auch machen?

Auf dem linken Bildschirm werden die vorbereiteten Aufgaben aufgerufen, rechts der Bildschirm für die Videokonferenz. Hier sehe ich, dass sich der virtuelle Klassenraum schnell füllt. Der Unterricht im Homeoffice läuft inzwischen routiniert ab: ständig fliegt jemand aus dem Konferenzraum. Das gehört dazu. Auch mich trifft es oft. Dann klickt man sich stoisch durch, bis man wieder im Raum ist.

Über den linken Bildschirm, den ich inzwischen für alle zur Ansicht freigegeben habe, sehen die Schülerinnen und Schüler die Lösungen für die Aufgaben aus der letzten Stunde. Mitten in der Erläuterung lese ich im Chat der Videokonferenz: „Kann ich mal kurz aufs Klo?“ Da wird man tatsächlich gefragt, obgleich doch jeder zuhause sitzt. „Selbstverständlich!“, tippe ich. Soweit so gut.

Die Stunde ist vorbei und ich sehe nach den eigenen Kindern. Die haben hier und da ein kleines Problem, das ich für sie löse. Dann zurück vor den eigenen Rechner und weiter geht es: Rückläufer prüfen, Korrespondenz abarbeiten, Termine prüfen und in den Kalender einpflegen und natürlich den Unterricht für die folgenden Stunden vorbereiten. Dann kommt schon die nächste Videokonferenz.

Die Uhr schreitet voran und ich bin etwas abgelenkt: „Was soll ich heute Mittag kochen?“, schießt mir durch den Kopf. Meine Frau ist heute raus: Sie hat gestern gekocht und sitzt wie ich vor dem Rechner. Sie ist auch Lehrerin. Ich koche schließlich Nudeln mit Toma-

tensauce und etwas Gemüse. Das gibt es zwar an jedem zweiten Tag, aber das geht halt auch schnell. Nach dem Essen geht es zurück an den Rechner. Irgendwann ist es 17 Uhr und es ist fast alles geschafft, was ich mir für heute vorgenommen hatte. „Ach komm, dann halt bis 18 Uhr, dann bist du fertig und kannst morgen weniger machen“, denke ich. An diesem Tag wird es doch wieder 17.30 Uhr.

Inzwischen fordert diese Schreibtischarbeit aber ihren Tribut: Die Augen brennen und ich sehne mich nach Weitblick. Das Schlimmste jedoch ist der rechte Arm. Der schmerzt vom Klicken mit der Computermaus. Nach einer Internetrecherche stelle ich fest: Von der Computerarbeit habe ich einen Tennisarm. Bekämpfen lässt sich das durch Dehnübungen, einen besseren Schreibtischstuhl mit höhenverstellbaren Armlehnen und einen höhenverstellbaren Schreibtisch sowie einer vertikalen Computermaus. Ich entscheide mich für den ergonomischen Schreibtischstuhl für weit über 100€. Hoffentlich schafft das Abhilfe, sonst brauche ich noch die Maus. Den Schreibtisch will ich nicht wechseln: Der ist antik, und er wurde mir vererbt.

So sieht es aus: Ich fühle mich verschlissen und hoffe auf den Präsenzunterricht, auch zur Linderung meiner Beschwerden. Hoffentlich ist das bald vorbei. Mit dieser Sehnsucht bin ich nicht alleine in der Familie. Die Kinder klagen über Kopfschmerzen und meine Frau hat auch den Tennisarm. Insgesamt ist die Luft in der Familie dünn geworden (oder auch mal dick). Wir hatten alle schon unsere kleinen oder auch mal größeren Zusammenbrüche. Zum Glück passiert so etwas ja nicht gleichzeitig, wodurch man sich dann gegenseitig wieder aufrichten kann. Heute wurde ich endlich gegen Corona geimpft. Ich durfte mir den Arm aussuchen und entschied mich für den Linken. Jetzt fürchte ich, dass diese Entscheidung schlecht war. Dann schmerzen wahrscheinlich morgen beide Arme. Roland Cron

Anspannung in der Kita

Ja, es ist nicht einfach für die betroffenen Erzieher*innen. Täglich müssen sie sich mit der AHA-Regelung auseinandersetzen, bei Kleinkindern sicherlich schwierig bis gar nicht umzusetzen. Diskussion mit Eltern, warum die Betreuung verkürzt wird, warum IHR Kind heute nicht in die Tagesstätte kommen kann, warum die Kinder getrennt voneinander spielen, warum sich nicht alle Kinder zusammen draußen aufhalten können, warum sie ihr Kind an der Tür verabschieden müssen. Diese Pandemiezeit ist für alle ungewöhnlich und unterschiedlich schwer zu meistern.

Entgrenzung der Arbeitszeit und Schwierigkeiten im inklusiven Distanzunterricht

// Vor der Pandemie war die Arbeitsbelastung für mich als Sonderpädagogin an einer Grundschule schon groß, da ich aufgrund der personellen Situation und des Mangels an Sonderpädagog*innen für alle Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf in allen Klassen verantwortlich war und bin. //

Aber wir sind ein tolles Team, die Kolleginnen sind engagiert und unterstützen die Kinder. Das fällt aktuell weg. Arbeitsangebote in den Fächern Englisch, Sachunterricht und Musik im Distanzlernen differenziert anzubieten, ist nur bedingt leistbar. Ich mache also für jedes zieldifferente Kind einen individuellen Plan so gut ich eben kann, das ist sehr arbeitsintensiv und sehr freudlos. Dabei ist es oft mehr Beschäftigung als Wissensvermittlung. Diese Kinder können Arbeitsaufträge ohne Hilfe nicht verstehen, ein wirklicher Lernzuwachs ist kaum zu erreichen.

Mittlerweile mache ich engmaschig Einzel- oder Gruppenförderung per Videokonferenz, um die Kinder irgendwie zu fördern. Wir Lehrer*innen haben immerhin schon (!) nach ca. 12 Monaten Pandemie Padlets und Pencils bekommen, damit lässt sich jetzt sinnvoll arbeiten. Videokonferenzen klappen unterschiedlich gut und nur mit den älteren Kindern, die sich konzentrieren können. Ich berücksichtige dabei die Arbeitszeiten und Belastbarkeit der Eltern, die Videokonferenzzeiten der Geschwisterkinder, klasseninterne Videokonferenzen und die Pausenzeiten der Notbetreuung

Ich arbeite deutlich mehr als im regulären Präsenzunterricht, es ist deutlich mühsamer sinnvolle Fördermaterialien für das selbständige Arbeiten zu finden. Die Videokonferenzen müssen koordiniert und geplant werden. Mir gehen Material und Ideen aus.

Kinder der ersten Klasse mit geistiger Behinderung sprengen schnell den Rahmen einer Notbetreuung, sie schaffen es auch mit Inklusionshilfe nicht, sich vier Stunden in der Notbetreuung leise am Platz zu beschäftigen. Eine Unterstützung zu Hause muss ebenso angeleitet werden. Der Leidensdruck insbesondere dieser Eltern ist enorm. Eltern und Integrationskräfte instruiere ich telefonisch, erstelle Lernpläne mit Auflistung von möglichen sinnvollen Aktionen mit den Kindern mit geistiger Behinderung, die keine Arbeitsblätter abarbeiten können. Kinder mit emotional und sozialen Schwierigkeiten belasten das Familiensystem oder/und sprengen den Rahmen einer Notbe-



treuung, da berate ich dann telefonisch oder in einer Videokonferenz.

Nebenbei türmen sich Beauftragungen zur Gutachtenerstellung, zur Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs. Inwieweit diese Kinder in Präsenz an anderen Schulen getestet werden dürfen, war bis vor kurzem völlig ungeklärt. Ich empfinde die Entgrenzung der Arbeitszeiten als sehr belastend. In den Osterferien haben wir in der ersten Woche einen möglichen Stundenplan für nach Ostern geplant. In der zweiten Woche planten wir dann wieder Notbetreuung und Distanzlernen. Ob Wechselunterricht oder Distanzlernen, die Entscheidung kam oft spontan zum Wochenende und wenn, dann über die Medien. Die Wochenenden sind schon lange keine Ruhepausen mehr, sondern Vorbereitungszeit für die nächsten Pläne, Korrektur der abgegebenen Pläne. Kolleg*innen mit Kindern, die nebenher all dies leisten müssen, haben mein tiefstes Mitgefühl.

Noten und Klausuren hinterfragen

Kinder und Jugendliche gehören neben Kultur, Gastronomie und kleinen Selbstständigen langfristig zu den am meisten Betroffenen der Pandemie. Vor allem die psychosozialen Folgen sind kaum abzusehen. Aber die Hauptsorge der Kultusbürokratie scheint den Prüfungen und Noten zu gelten. Bei den zentralen Arbeiten und den Abi-Klausuren habe ich manchmal den Eindruck, Ministerien und manche Kolleg*innen tun gerade so, als habe sich durch die Pandemie nichts verändert. Ich habe mich z.B. sehr geärgert und gewundert über die Ansage einer Grundschulleiterin im Fernsehen an ihre Schüler*innen: „Zuerst üben wir den Corona-Test und dann schreiben wir bald die Mathearbeit, die wir schon nach Ostern schreiben wollten“. (sinngemäß). Vielleicht hätte man besser erst einmal mit den Kindern über ihre Erlebnisse in den letzten von Corona geprägten Monaten reden und vielleicht eine schöne gemeinsame Klassenaktivität wie einen Ausflug planen sollen!

Der leider viel zu früh verstorbene Kabarettist Diether Krebs drückte das in etwa so aus: „Mir ist wichtiger, dass mein Kind kein Arschloch wird, als dass es die Fläche unter der Parabel korrekt berechnen kann“.

Es muss jetzt mit Änderungen in Lehrplänen, bei der Leistungsbewertung, der Didaktik und bei den Unterrichtsmethoden reagiert werden. Wann, wenn nicht jetzt.

Gerd Schäfers

Einiges passt nicht zusammen

Ich sage nur: Schämt euch

// Anscheinend lebe ich in einer anderen Welt – oder aber die Damen und Herren im Ministerium. Einiges passt jedenfalls nicht zusammen. Frau Gebauer sagt im WDR-5-Interview („Westblick“): „Allen Lehrkräften in NRW wurde ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt“. Merkwürdig. Anscheinend bin ich keine Lehrkraft oder ich wohne nicht in NRW. //

Andererseits wüsste ich auch nicht, wo ich ein solches Gerät anschließen oder aufladen sollte. An Steckdosen mangelt es in allen Räumen. Gut, zu Beginn der 80er brauchte man halt nur eine einzige Steckdose pro Raum. Aus jener Zeit stammt unsere Schule.

Herr Laschet spricht davon, dass man so viele iPads verteilt hätte, dass alle Kinder am Distanzunterricht teilnehmen können. Merkwürdig. Die Kinder an unserer Schule haben trotz aller Bemühungen bislang keines erhalten.

Frau Gebauers völlige Unkenntnis in Bezug auf die Verhältnisse vor Ort ist generell bemerkenswert. Natürlich hat sie den desolaten Zustand der Bildungseinrichtungen nicht (allein) zu verantworten. Natürlich möchte auch ich nicht in der Situation sein, weitreichende Entscheidungen in Sachen Schule und Unterricht treffen zu müssen.

Aber dass die Bildungsministerin anscheinend nicht einmal ansatzweise eine Vorstellung davon hat, wie es z.B. um einen Großteil der Schul Toiletten bestellt ist, ist erschreckend. Alle, die vor Ort mit Schule zu tun haben, wissen seit langem davon. Jene, die Änderungen in den Strukturen einleiten könnten, anscheinend nicht. Oder man verschließt die Augen. Eine Möglichkeit, nach dem Toilettengang die Hände zu waschen? Seife? Handtücher? Schlimm genug, dass dies überhaupt thematisiert werden musste. All das sollte schließlich auch ohne Pandemie selbstverständlich sein.

Bleiben wir kurz beim Zustand, wenn auch beim digitalen, und richten den Blick auf die Online-Plattformen. Als um Weihnachten 2020 herum wieder alle Zeichen auf Schulschließung standen, hörte man von Frau Gebauer, dass die Umstellung auf den Distanzunterricht gelungen wäre. Sie hätte von keinen nennenswerten Problemen gehört. Vielleicht sollte sie mal genau hinhören. Unsere Plattform ist gleich am ersten Tag zusammengebrochen. Erst nach Wochen lief sie einigermaßen stabil. Mittlerweile hat man sogar den ISDN-Anschluss

an der Schule zu einem Glasfaser-Anschluss umgerüstet und das bereits im Jahr 2021! Die Kolleg*innen von anderen Schulen berichten ähnliches.

Wie soll ich den Verantwortlichen irgendetwas glauben, wenn derartig dahergeredet wird? Hier geht es um Dinge, in die ich Einblick habe. Wie sieht es mit der Wahrheit bei den Themen aus, mit denen ich weniger vertraut bin?

Seitdem ich mich im Kontext Schule bewege, ob früher als Kind, später im Studium oder heute als Lehrkraft, sind die Lerngruppen viel zu groß. Das ist mittlerweile seit über 30 Jahren der Fall, in denen einige Weichen hätten gestellt werden können.

Es ist einfach nur noch traurig, dass es einer Pandemie bedarf, um festzustellen, wie gutes Lernen aussehen kann. Dass der Wechselunterricht für die Situation daheim sowie durch den Wegfall vieler Stunden mehr als nur problematisch ist, steht außer Frage. Da wir aber schlichtweg gezwungen waren, mit kleinen Gruppen zu arbeiten, konnte ich vor Ort zum ersten Mal in meinem Berufsleben in der Weise auf Bedürfnisse und Fragen eingehen, wie ich es mir selbst wünsche. Die Möglichkeit, sich mit einer Erklärung während einer Arbeitsphase einmal mehrere Minuten beschäftigen zu können, ist Gold wert. Für die Lernenden ist dieser Mehrwert unbezahlbar.

Spätestens an dieser Stelle wird klar, mit welcher Ignoranz – denn die Zustände sind lange bekannt – auf dem Rücken der Zukunft unserer Gesellschaft gespart wird. Potenziale und Chancen werden gewissenlos vergeudet. Die Starken schaffen es ohnehin irgendwie, die Schwachen bleiben auf der Strecke. Dabei brauchen gerade sie erst recht unsere Unterstützung.

Schämt Euch!



Alles ein bisschen anders

Interview mit Lotta, 11, Schülerin in Rennes/Bretagne

// Anders als in Wuppertal hatten die Schüler*innen in Rennes, der Heimatstadt von Lotta, in diesem Schuljahr nur kurze Zeit mit Schulschließungen zu tun. Aber auch sonst ist vieles anders in Frankreich. Lotta kann das gut beurteilen, denn sie war schon mehrere Wochen Gastschülerin an der Grundschule am Nützenberg. //

also: Lotta, du bist Französin, aber du sprichst prima deutsch. Wie kommt das?

Lotta: Ganz einfach, meine Mama kommt aus Wuppertal, mein Papa ist Franzose. Meine Mama hat mit mir schon deutsch gesprochen, als ich noch ein Baby war.

also: Wie sah denn dein Schülerinnenleben bisher aus?

Lotta: Jetzt bin ich in der 6. Klasse und gehe auf das Collège les Ormeaux. Davor war ich fünf Jahre auf der Grundschule, davor drei Jahre in der Maternelle (Vorschule). Alle Kinder in Frankreich gehen ab drei Jahren in die Maternelle.

also: Konntest du dir nach der Grundschule eine Schule aussuchen?

Lotta: Aussuchen? Verstehe ich nicht. Wir gehen nach der Grundschule alle auf das Collège bei uns im Stadtteil. Da bleiben wir dann vier Jahre und dann komme ich auf das Lycée. Das ist auch im gleichen Stadtteil, aber ein bisschen weiter weg. Aber man kann sich auch ein anderes aussuchen, wenn man bestimmte Sprachen machen will oder was mit Technik usw.

also: Wie sieht denn dein Schultag so aus?

Lotta: Der ist ziemlich lang. Von 8-12 Uhr ist Unterricht, von 12-14 Uhr Mittagspause. Ich esse in der Kantine, könnte aber auch nach Hause gehen. Manchmal habe ich ein Atelier, bei euch sagt man AG. Dann ist wieder Unterricht bis 17 Uhr. Mittwoch ist am Nachmittag frei. Hausaufgaben bekomme ich fast jeden Tag auf. Ich habe jetzt einen total blöden Stundenplan, immer bis 17 Uhr. Manchmal ist das auch anders.

also: Haben denn alle Schüler*innen nachmittags Unterricht in Frankreich?

Lotta: Komische Frage. Klar, in der Maternelle, in der Grundschule und so weiter, immer.

also: Jetzt musst du uns mal von deiner Schul-APP erzählen. Wir haben gehört, alle Schüler*innen in ganz Frankreich haben die gleiche APP und auch eine Mailadresse von der Schule.

Lotta: Die App heißt Pronote und unser Symbol ist ein Schmetterling. Da logge ich mich ein und schon sehe ich alles.

also: Alles?

Lotta: Stundenplan, wenn ein Lehrer nicht da ist, Hausaufgaben, was im Unterricht gearbeitet wurde in allen Fächern, die Zensuren, die Zeugnisse, den Speiseplan, die Infos vom Direktor - eben alles.

also: Zeugnisse auch? Ist ja doll. Kannst du da auch was eingeben?

Lotta: Klar, ich kann meine Lehrer was fragen. Die Antworten können dann alle aus der Klasse sehen und manchmal braucht man dadurch gar nicht selber was fragen. Ich kann aber auch privat mit den Lehrern oder mit anderen Schülern chatten und die was fragen. Wir helfen uns dann. Das ist schon ganz praktisch und klappt gut. Die Eltern haben auch alle ein Konto und sehen alles, was wir schreiben, sogar, ob wir die Hausaufgaben schon erledigt haben. Aber die können mit den Lehrern auch geheim schreiben, ohne dass ich das dann sehe. Ganz schön unfair!

also: Das klappt aber ja nur, wenn alle einen Computer haben oder wenigstens ein Smartphone.

Lotta: Also, in meiner Klasse haben alle so was. Und wenn nicht, dann versucht die Schule einen Computer zu organisieren oder die Lehrer haben die Aufgaben vorbeigebracht jetzt bei Corona.

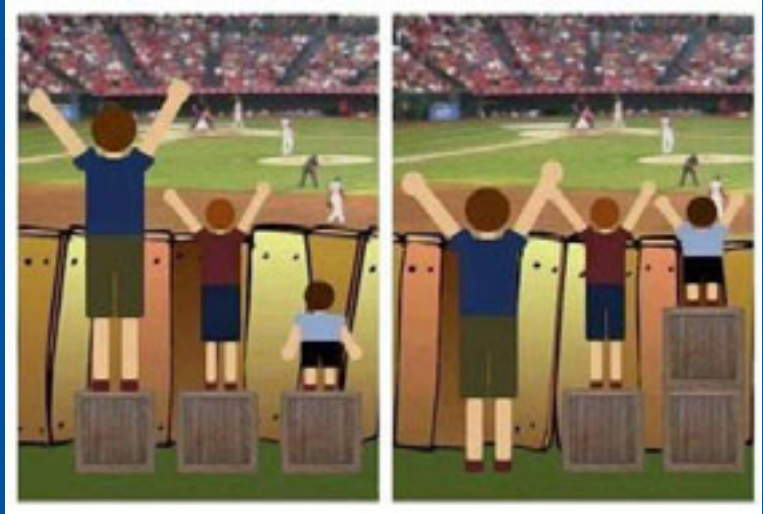


also: Jetzt mal zu Corona. Wie war das mit dem Unterricht während der Schulschließung.

Lotta: Ach, das waren ja nur zwei Wochen und danach hatten wir zwei Wochen Frühlingsferien, die sollten eigentlich erst später sein und sind verlegt worden. Die Lehrer haben uns Aufgaben geschickt oder Links und auch geschrieben, was wir zurückschicken sollen als Foto oder nach der Schulschließung in die Schule mitbringen sollen. So Videokonferenzen haben wir in meiner Klasse nicht gemacht, aber bei meiner Freundin, die ist in der 8. Klasse, da hat die Italienischlehrerin auch Videokonferenzen gemacht. Richtig doof war, dass wir damals nur bis 18 Uhr raus konnten, danach war Ausgangssperre. Jetzt dürfen wir bis 21 Uhr raus. Wir durften auch nur einen Kilometer weg von zu Hause.

also: Du warst ja auch schon dreimal Gastschülerin an der Grundschule am Nützenberg. Was hat dir denn in der deutschen Schule am besten gefallen?

Lotta: Die Flitzepause und dass man am Nachmittag frei hat. Auch die Frühstückspause fehlt mir, wir haben nämlich gar keine. Das war schon sehr schön am Nützenberg. Sogar die Klassenlehrerin meiner Mama ist da noch Lehrerin.



Der große Bluff Sozialindex

Das neue Modell des MSB ist Augenwischerei

Seit Jahren fordern viele Organisationen, die sich mit der Lage der Schulen in NRW auskennen, die Einführung eines schulscharfen, besser: schülerscharfen Sozialindexes zur Steuerung der Ressourcen an die Schulen.

Grund dafür ist die inzwischen unbestrittene Tatsache, dass Schulen in sozialen Brennpunkten einen deutlich höheren Aufwand treiben müssen, um ihre Schüler*innen an hochwertige Schulabschlüsse und eine „weltbeste Bildung“ heranzuführen als die Schulen in wohlhabenden Quartieren bzw. mit Schüler*innen aus bildungszugewandten Elternhäusern.

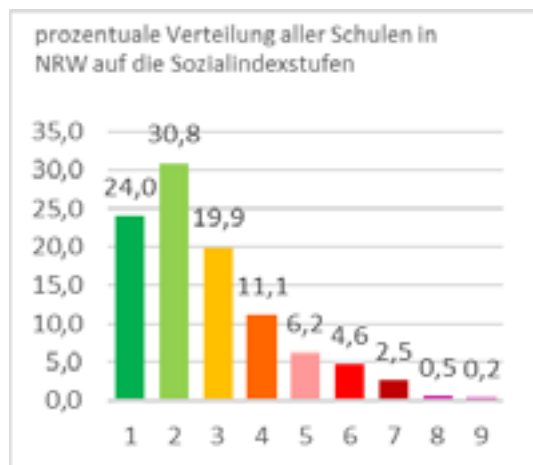
Nun hat das Schulministerium (MSB) ein neues Modell für einen solchen Sozialindex im September 2020 erstmals vorgestellt. Es gibt vor, als Indikatoren: Kinder- und Jugendarmut, nichtdeutsche Familiensprache, eigenen Zuzug der Schülerinnen und Schüler aus dem Ausland und sonderpädagogischen Förderbedarf LSE zu berücksichtigen. Doch stimmt das wirklich?

Trotz vielfältiger Kritik hat das Schulministerium inzwischen begonnen, die Stellen entsprechend an die Schulen zuzuweisen. Doch die Vorbehalte der Kritiker lassen sich immer weiter untermauern.

1. Fragwürdige Skalierung des MSB-Modells

Das Modell rechnet die Zahl der Schulen klein, die dringend mit zusätzlichen Ressourcen zu bedenken wären.

Betrachtet man die Verteilung der Schulen auf die Stufen (Stufe 1: keine soziale Belastung, Stufe 9: höchste Belastung), ergibt sich das



nebenstehende Bild.

Dass hier eine völlig verzerrende Skalierung gewählt wurde, wird deutlich, wenn man – etwa am Beispiel der Gesamtschulen – das neue Stufenkonzept mit der Verteilung der Schulen auf die bisherigen Standorttypen vergleicht,

die für einen fairen Vergleich der Lernstandserhebungen entwickelt worden waren, um die anerkannt besonders belasteten Schulen zu berücksichtigen. Dafür gab es die Standorttypen 1 - 5.

Hier waren 24% der „besonders belasteten“ Gesamtschulen dem Standorttyp 5 zugeordnet, rund 24% gehörten zu den „belasteten“ Schulen des Typs 4, also knapp die Hälfte der Gesamtschulen.

Im neuen Modell der Sozialindexstufen befinden sich gerade mal 0,7% in den Stufen 7-9 (höchste Belastung) und 15% in den Stufen 4-6. Diese Schulen werden zukünftig nur zu einem geringen Teil entsprechend Berücksichtigung finden, wie die Erläuterung des MSB zum neuen Modell erkennen lässt:

„Aus der Tabelle geht hervor, dass sich rund 3 Prozent aller Schulen in den Sozialindexstufen 7 bis 9 (höchste Belastung) befinden, wohingegen rund 75 Prozent aller Schulen den Indexstufen 1 bis 3 zugeordnet werden“ (MSB Landtagsvorlage 17/3933, S. 4).

Heißt aus Sicht des MSB also: Alles kein (nennenswertes) Problem?

2. Fragwürdige Systematik I: Die Vernachlässigung sozialer Entmischung (Segregation)

Die Zuordnung der Schulen im neuen MSB-Modell ist fragwürdig und wird angesichts der gewählten Systematik deutlich.

Die Schulen der Sekundarstufe I übernehmen für die aufgenommenen Schüler*innen die Indexstufe der abgebenden Grundschulen. Völlig unberücksichtigt bleibt dabei, dass sich die Kinder einer Grundschule nach Klasse 4 nicht gleich auf die weiterführenden Schulen verteilen, es findet in erheblichem Umfang soziale Entmischung statt.

Zur Verdeutlichung eine Modellsituation: Im Quartier A von Musterstadt arbeiten sechs Grundschulen mittlerer sozialer Belastung mit je zwei Zügen und 25 Schüler*innen pro Klasse. Schon diese Annahme idealisiert die Situation in vielen Städten, weil in der Folge der Abschaffung der Grundschuleinzugsbereiche 2008 durch die damalige schwarz-gelbe Landesregierung bereits bei der Einschulung der Kinder in die Grundschulen in erheblichem Umfang soziale Segregation stattfindet.

Die hier angenommenen Grundschulen geben insgesamt 300 Kinder an die beiden weiterführenden Schulen ab. Die weiterführenden Schulen des Quartiers (ein Gymnasium, eine Gesamtschule) nehmen beide jeweils 150 Schüler*innen (und nur diese) auf.

Nach dem MSB-Modell übernehmen die weiterführenden Schulen anteilig weitgehend die Sozialindizes der Grundschulen, aus denen die Kinder stammen. Nimmt man für Musterstadt an, dass sich Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache oder eigenem Zuzug aus dem Ausland gleich verteilen und - kontrafaktisch - die LSE-Quote vernachlässigt werden kann, so „erben“ diese beiden weiterführenden Schulen die mittlere soziale Belastung der Grundschulen und damit deren Sozialindexstufe. Bei der Ausstattung mit Ressourcen würden diese beiden Schulen jeweils gleich behandelt werden.

Tatsächlich aber findet auch unter den beschriebenen Annahmen im Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I ein weiteres Mal in erheblichem Umfang soziale Segregation statt. Im Extremfall werden die Kinder aus wenig oder gar nicht sozial belasteten (bildungsnahen) Familien aus mehr oder weniger pädagogischen Gründen eher das Gymnasium besuchen (das sich mit dem Segen der schwarz-gelben Koalition auch den Lasten der Inklusion nicht mehr stellen muss), während die anderen Schülerinnen und Schüler eher zur Gesamtschule wechseln.



Das Bild verändert sich damit dramatisch in folgender Weise: Das Gymnasium wird faktisch zu einer Schule, die Schüler*innen mit keinen oder nur geringen sozialen Belastungen beschult, während die Gesamtschule sich den vielfältigen Herausforderungen einer heterogenen Schülerschaft zu stellen hat.

Nach der MSB-Konzeption ergibt sich in Musterstadt also eine erhebliche Differenz zwischen den abgeleiteten Sozialindexstufen der weiterführenden Schulen und deren realen Arbeitsbedingungen, ohne dass sich dies in der Ressourcenzuweisung bemerkbar machen wird: tragbar ist das nur für das Gymnasium.

3. Fragwürdige Systematik II: Die Zuordnung der weiterführenden Schulen zu den Stufen

Die Zuordnung der weiterführenden Schulen zu den Sozialindexstufen ist nicht nachvollziehbar.

Auch dies soll an einem (realen) Beispiel deutlich gemacht werden: In einer größeren Stadt in NRW nimmt eine sechszügige Gesamtschule zum kommenden Schuljahr 162 Schülerinnen und Schüler auf, als

Grundschule	Sozialindex	Schüler	Gewichteter Sozialindex
GS01	6	35	210
GS02	6	20	120
GS03	3	18	54
GS04	4	18	72
GS05	3	15	45
GS06	7	9	63
GS07	4	7	28
GS08	7	5	35
GS09	6	5	30
GS10	5	3	15
GS11	3	2	6
GS12	5	1	5
GS13	1	1	1
GS14	6	1	6
GS15	5	1	5
GS16	6	1	6
GS17	6	1	6
GS18	3	1	3
GS19	1	1	1
		145	711
Errechneter Sozialindex			5

Schule des gemeinsamen Lernens sind darunter mindestens 18 Schüler*innen mit Förderbedarf.

Die Kinder kommen wie in der Tabelle dargestellt aus Grundschulen des eigenen Schulträgers, 17 weitere Schüler*innen besuchten Grundschulen benachbarter Schulträger, Förder-schulen oder sind Integrationskinder.

Aus den Indexstufen der abgebenden Grundschulen ergibt sich – selbst ohne Berücksichtigung der unter 2. beschriebenen sozialen Entmischung – für die aufnehmende Schule die Indexstufe 4,9 gerundet „5“. Tatsächlich wird dieser Gesamtschule die Indexstufe 3 (!) zugeschrieben - und das, obwohl sie Schule des gemeinsamen Lernens ist, sich an der Integration neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler beteiligt und ca. 36% Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund aufnehmen wird.

Welche Mechanismen des MSB-Modells dazu führen, dass diese Schule gegenüber den abgebenden Grundschulen um zwei Sozialindexstufen „befördert“ wird, bleibt mangels Transparenz des Modells im Dunkeln. Zu befürchten ist, dass diese Schule nicht die einzige ist, deren Sozialindex in ähnlicher Weise schöngerechnet wird.

4. MSB-Sozialindex 2021: Umverteilung statt Ressourcenausbau

Welche Wirkung die Sicht des MSB auf die schulische Wirklichkeit hat, zeigt sich bei der aktuellen Stellenzuweisung für das nächste Schuljahr. Dort erfolgt im „Eckdatenerlass“ eine „schulscharfe Vorabzuweisung“ von Stellen gegen Unterrichtsausfall/für individuelle Förderung. Hier werden für die Schulen der Sozialindexstufen 6 bis 9 rund **354** (von insgesamt 4.000) Stellen schulscharf nach dem Schulsozialindex zugewiesen, gestaffelt von 5% für Indexstufe 6 bis zu 20% für Indexstufe 9. (Stellenzuschläge auf die Stellen des Grundbedarfs ohne Ganztagszuschlag - Quelle: Eckdatenerlass 2021, S. 28)

Von den insgesamt 5.017 Integrationsstellen für die Förderung von Schüler*innen mit Migrationshintergrund werden zukünftig 2.200 Stellen unter Berücksichtigung des Schulsozialindex zugewiesen. Hier staffelt sich der Zuschlag von Sozialindexstufe 3 (2%) bis Indexstufe 9 (15%). Zudem erhalten diese Schulen einen festen Sockel von 0,25 Stellen. (Quelle: Landtagsvorlage 17/5040, S. 5)

Wie viel zu wenig das ist wird klar, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die Schulen des Schulversuchs „Talentschule“ (überwiegend Schulen des alten Standorttyps 5) allesamt zusätzliche 20% der Grundstellen als Stellenzuschlag erhalten.

Das MSB legt zudem offen, dass für 2021/22 gerade für die weiterführenden Schulen zur Umsetzung des Sozialindex keine zusätzlichen Stellen im Landeshaushalt ausgewiesen sind. Das führt dazu, dass zum kommenden Schuljahr lediglich eine Umverteilung von Stellen stattfindet.

Mit anderen Worten: Die Unterstützung der Belastetsten erfolgt ausschließlich auf Kosten der nur wenig weniger Belasteten!

5. Sozialindex 2021: Die Auswirkungen auf die Stadt Wuppertal

Auch Wuppertaler Schulen kommen laut Erlass zur Stellenzuweisung in den „Genuss“ sozial indizierter Vorabzuweisung sogenannter Stellen gegen Unterrichtsausfall/für individuelle Förderung. Es fallen zwischen 0,5 und 2,5 Stellen für 17 Grundschulen, drei Hauptschulen und eine Realschule an. Schon allein die Kopplung an Vertretungsnotwendigkeiten wird dazu führen, dass diese minimalen Stellenanteile

für Förderung unter den Tisch fallen werden. Ob sie real wirklich ankommen im Rahmen des Lehrermangels, sei zusätzlich dahingestellt.

Die anderen Wuppertaler Schulen, insbesondere auch die Gesamtschulen kommen nicht vor. Die Sozialindexstufen der Gesamtschulen liegen (heruntergerechnet wie eben dargestellt?) zwischen 2 und 5 – kein Handlungsbedarf?

Wenn ca. ein Drittel der Grundschulen (17 von 55) mit einer Sozialindexstufe zwischen 8 und 6 eingeordnet wird, so ist es schon verwunderlich, dass von den infrage kommenden 22 weiterführenden Schulen, auf die die Kinder wechseln, nur zwei Hauptschulen und eine Realschule die Sozialindexstufe 6 haben, lediglich eine Hauptschule in Stufe 7 eingeordnet wird, zumal man davon ausgehen muss, dass die Kinder mit dem größten Unterstützungsbedarf nicht gerade auf die Gymnasien wechseln.

Schule	Index	Stellen	Schule	Index	Stellen
GS	8	1,5	GS	6	0,5
GS	7	1,3	GS	6	0,7
GS	7	1,0	GS	6	0,5
KG	7	1,4	GS	6	0,7
GS	6	0,6	GS	6	0,7
GS	6	0,5	GS	6	0,5
GS	6	0,6			
GS	6	0,6	HS	7	2,5
GS	6	0,6	HS	6	1,0
GS	6	0,5	HS	6	1,0
KS	6	0,5	RS	6	1,3

6. So schließt sich der Kreis

- Wenn die sozialen Belastungen der Schulen kleingerechnet werden,
- wenn sich auf dieser Basis nur wenige Schulen in höheren Sozialindexstufen finden,
- wenn deswegen viel weniger Schulen schulscharf mit Zusatzressourcen versorgt werden als dies nach fachlich fundierter Meinung erforderlich wäre,

dann ist dies zunächst einmal eines: billig.

Man darf wohl feststellen: Der neue schwarz-gelbe Sozialindex ist ein sozial- und bildungspolitisches Sparmodell, eine Schimäre. „Weltbeste Bildung“ (FDP-Slogan) gibt es am wenigsten für die Schülerinnen und Schüler, die sie am dringlichsten bräuchten.

Auch in der Schulpolitik wird ein weiteres Mal offenbar: In NRW herrscht derzeit eben eine bürgerliche Koalition - präziser - eine Koalition der Bourgeoisie. Das lässt sich ändern, nicht zuletzt auch im Interesse der weniger privilegierten Schülerinnen und Schüler.

Rainer Dahlhaus



Der 1. Mai 2021

Statt Kundgebung - Infostände mit Abstand

// Zum zweiten Mal haben die DGB-Gewerkschaften in Wuppertal den 1. Mai nicht wie gewohnt organisiert. Unter dem Motto „Solidarität ist Zukunft“ zeigten wir dennoch Flagge an Infoständen an der Trasse am Mirker Bahnhof. //

Doch eine kämpferische Kundgebung und das gemeinsame Familienfest mit anderen sozialen Organisationen haben viele sehr vermisst. Der DGB muss alles daran setzen, dass der 1. Mai 2022 wieder ein aufrüttelnder Tag für die Rechte der Beschäftigten werden kann.



Diese Rede hätte z.B. am 1. Mai 2021 gehalten werden müssen:

Während über eine Million ihren Job verloren haben, mehrere Millionen Menschen mit dem Kurzarbeitergeld klarkommen müssen, Kleingewerbetreibende und Künstler*innen um die Existenz bangen, werden Aktionäre trotz immenser Staatshilfen beglückt.

Die Pharmagiganten Pfizer, Johnson & Johnson und AstraZeneca haben trotz der enormen öffentlichen Mittel, die sie für die Produktion der Covid-Impfstoffe erhalten haben, im letzten Jahr ihren Aktionären 26 Milliarden US-Dollar in Form von Dividenden und Aktienrückkäufen gezahlt. „Eine Zahl, die ausreicht, um 1,3 Milliarden Menschen, also die gesamte Bevölkerung Afrikas, zu impfen“, schrieben die

NGOs Oxfam und Emergency an die Aktionärsversammlungen der drei Pharmariesen.

Der Autobauer Daimler verzeichnete für das Geschäftsjahr 2020 mit zeitweisem Lockdown und Kurzarbeit einen auf die Aktionäre entfallenden Gewinn von rund 3,6 Milliarden Euro. Das waren 1,2 Milliarden Euro oder 50 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Dividende soll von 90 Cent im Vorjahr auf 1,35 Euro steigen.

Allein das Kurzarbeitergeld, das Daimler voriges Jahr für seine Beschäftigten aufgrund der Coronakrise in Anspruch genommen hat, schlägt nach Schätzungen der IG Metall mit 500 bis 700 Millionen Euro zu Buche. Dabei ist Kurzarbeitergeld eigentlich ein staatliches Fördermittel, das Unternehmen durch existenzielle Krisen helfen soll statt hohe Gewinne weiter zu mehren. Und all diese Geschenke wer-



Die GEW-Tüten mit Infomaterial und Überraschungen

den aus dem Steuersäckel in einer Zeit gezahlt, in der durch die Pandemie zum einen Millionen Menschen in Krankenhäusern, Pflegeheimen, an den Kassen der Supermärkte oder hinter dem Steuer der Paketzusteller für wenig Lohn bis an ihre Grenzen gehen müssen und zum anderen die Staatsverschuldung wegen zusätzlicher Ausgaben in neue Höhen klettert. Schon werden aus der CDU die ersten Rufe laut, zur Sanierung des Haushalts mal wieder bei denen zu kürzen, die ohnehin kaum etwas haben. So stellt zum Beispiel der Hamburger Unionsvorsitzende Christoph Ploß die Mütter- und Grundrente sowie die abschlagsfreie Rente ab 63 in Frage.

Wir brauchen eine Bundesregierung, die den Einsatz der öffentlichen Hilfgelder für private Gewinnmaximierung ausschließt. Die Lasten der Krise dürfen nicht länger auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden.

Tarifrunde TV-L im Herbst 2021

Schwierigste Runde der letzten 20 Jahre

// „Die öffentlichen Arbeitgeber haben sich eingemauert. Verhandlungsbereitschaft muss erst erzwungen werden.“ So Daniel Merbitz, Tarifexperte des GEW-Hauptvorstandes. //

Das zeigt sich deutlich an den bis heute gescheiterten Verhandlungen zur Weiterentwicklung des Tarifvertrags über die Eingruppierung und die Entgeltordnung für die Lehrkräfte der Länder (TV-EntgO-L), die längst hätten abgeschlossen sein sollen. Aufgrund der Verweigerungshaltung der TdL wurden sie aber nicht wie ursprünglich geplant durchgeführt. Als Vorbedingung für Verhandlungen nennen die Arbeitgebervertreter*innen Veränderungen im §12 TV-L, in dem der „Arbeitsvorgang“ definiert wird. Die Arbeitgeber würden den Arbeitsvorgang gern in Scheibchen zerlegen, was in der Konsequenz bei vielen Beschäftigten, die nach der Anlage A des TV-L arbeiten, zu Gehaltseinbußen führen würde. Darauf kann sich keine Gewerkschaft einlassen. Ebenso wenig werde man sich mit Einmalzahlungen abspesen lassen.

Zur Verhinderung von konstruktiven Verhandlungen führen die Vertreter*innen der TdL, die vom niedersächsischen Finanzminister Hilbers (CDU) geleitet werden, unter anderem die Kosten der Coronapandemie, die Schuldenbremse und die angeblich sicheren Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst an – Argumente, die sich leicht widerlegen lassen.

Prozentuale Forderung fürs Tabellenentgelt bleibt offen

Im Mittelpunkt einer Tarifrunde steht traditionell die Erhöhung des Tabellenentgelts. Die Gehaltstabellen werden wirksam zu Ende September gekündigt. Eine konkrete Prozentforderung wurde auf der Tarifkonferenz im Mai 2021 aber noch nicht beraten.

Die Gewerkschaften werden sicher weitere Themen auf den Verhandlungstisch legen, darunter

- stufengleiche Höhergruppierung
- Ausbau der Paralleltabelle
- Korrektur der Stufenlaufzeiten für Schulsozialarbeiter*innen
- weiterer Ausbau der Stufe 6
- Stufengleiche Höhergruppierung und Vollendung der Paralleltabelle im TV-L

Als Kernpunkt eines möglichen Forderungskatalogs könnte die stufengleiche Höhergruppierung bei Beförderung stehen. Anders als in den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst (TVöD) und dem TV Hessen sowie im Beamt*innenrecht, kennt der TV-L bei einer Beförderung die Mitnahme der Erfahrungsstufe nicht. Das macht die Bewerbung von Tarifbeschäftigten auf Beförderungssämter unattraktiv und auch die Forderung nach „A 13/EG 13 für alle“ ist so für Tarifbeschäftigte kein echter Gewinn. Die Vollendung der Paralleltabelle wurde ebenfalls als eine wichtige Forderung genannt.

Einbußen für Schulsozialarbeiter*innen müssen korrigiert und die Stufe 6 weiter ausgebaut werden

Die Beschäftigten aus sozialpädagogischen Berufen verwiesen auf die Verwerfungen, die durch Einführung der S-Tabelle für Schulsozialarbeiter*innen entstanden sind. Durch die um ein Jahr längeren Stufenlaufzeiten in den Stufen 2 und 3 gegenüber den TV-L-Tabellen mussten Kolleg*innen bei der Überführung in die S-Tabelle zum Teil Einbußen hinnehmen. Das muss korrigiert werden!

Als weitere Forderung wurde unter anderem der Ausbau der Stufe 6 im TV-L genannt, die im Vergleich zu anderen Stufen deutlich unterfinanziert ist.

Mitmachen: Kolleg*innen diskutieren mögliche Forderungen in den Gliederungen vor Ort

In den NRW-Gliederungen und -Arbeitskreisen sollte nun diskutiert werden, mit welchen abschlussfähigen Forderungen die GEW in die Tarifrunde gehen sollte. In Wuppertal ist das Anfang Juni nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe passiert. Die Landestarifkommission in NRW wird Ende Juni tagen und einen Forderungsbeschluss an die GEW auf Bundesebene übermitteln. Am 26. August 2021 werden die DGB-Gewerkschaften (GEW, ver.di, GdP) und die dbb-Tarifunion ihre Forderungen bekannt geben.

Eines ist schon jetzt gewiss: Gegen blockierende Arbeitgeber hilft nur ein Mittel – die Arbeitskampfbereitschaft der Kolleg*innen!



Die GEW Wuppertal gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2021

Unsere Jüngste

21 Jahre

Solvey Hlynsdóttir

30 Jahre

Laura Brinning
Steffen Brondke
Nathalie Fiore
Hoai Nam Huynh
Felix Theusner

40 Jahre

Sarah Blaise
Jennifer Brandenburg
Anna Holl
Nina Prins-Stein
Sonja Romeike
Desiree Trautmann
Sebastian Zigel

50 Jahre

Stephany Eggermann
Nermin Ehmman
Stefanie Hauck-Keplin
Bettina Kuberka
David Maxsein
Katja Mönninghoff
Mark Simpson

60 Jahre

Bernhard Bartsch
Ina Ernst
Arnold Jagla
Beate Koenen
Karin Ricklefs
Thomas Seidel
Massimo Ulivari
Michaela Weber

70 Jahre

Holger Freund
Christa Hünninghaus
Gabi Rundnagel

Nachruf

Die GEW trauert um Gerhard Sennlaub

// Gerhard Sennlaub, der im Alter von 88 Jahren gestorben ist, war 66 Jahre überzeugtes Mitglied unserer Gewerkschaft. Es ist noch nicht lange her, dass er für unser „also“ Nachdenkliches unter der Überschrift „Ungehorsam im Schuldienst“ beigetragen hat. Nachfolgend sein pädagogischer Lebenslauf aus „eigener Feder“ mit hochaktuellen Aussagen. //

„Lehrer geworden bin ich auf dem zweiten Bildungsweg, und immer noch gefällt mir der Gedanke, dass ich auch als Textilarbeiter, Brauereiarbeiter und Erzieher-Praktikant nicht nur mein Auskommen hatte, sondern gern zur Arbeit ging.

Zuerst war ich sieben Jahre lang Lehrer in den Wuppertaler Volksschulen Hügelstraße und Gewerbeschulstraße. Danach wollte ich ins Ausland und wäre in Chile gelandet, hätte sich nicht, zu unserem Glück, meine Frau gestraubt. Ersatzweise gingen wir aufs Land, und ich wurde „Erster Lehrer“ der zweiklassigen Dorfschule zu Tintrup im Lippischen. Wir hatten einen Riesengarten, Bienen, eine phantastische Dienstwohnung und die Schule im Haus.

Da habe ich gelernt, dass es in der Schule nichts Wichtigeres gibt, als die Beziehungen ihrer Menschen untereinander, dass die viel zitierte Differenzierung überzeugend nur zu haben ist, wenn die Kinder selbst sie leisten, indem sie, selbst tätig, jedes auf seine Weise das Lernen lernen, und dass die Jahrgangsklasse nur Leute für attraktiv und vernünftig halten, die etwas anderes nicht kennen.

Als unsere kleinen Schulen im Übermut plattgemacht wurden, war ich zunächst ein Jahr lang Lehrer einer neunten Klasse der Hauptschule Blomberg in Lippe und danach zehn Jahre lang Rektor der städtischen Grundschule Marper Schulweg in Wuppertal. Hier lernte ich das stolze Vergnügen kennen, das uns erfüllt, wenn wir einfach tun, was pädagogisch vernünftig ist. (Im Verfolgungsfalle findet sich später fast immer eine Begründung; man muss nur die Vorschriften kennen.) Zum Schluss war ich vier Jahre lang Schulrat und acht Jahre lang Schulamtsdirektor im Ennepe-Ruhr-Kreis. Hier habe ich gelernt, dass Kolleginnen und Kollegen in aller Regel weder Aufpasser noch Kritiker brauchen, sondern Helfer und Mutmacher.“

Gerhard, wir werden dich in guter Erinnerung behalten.

Nachruf

Die GEW trauert um Dr. Renate Gerling

Dr. Renate Gerling war 51 Jahre Mitglied der GEW. Sie starb im Alter von 84 Jahren. Ihr gewerkschaftliches Denken und ihre Solidarität zeigten sich insbesondere in der Art, wie sie die erste Gesamtschule Wuppertals mitgründete und leitete. Sie stellte damals ein wunderbar heterogenes Kollegium zusammen, ein buntes Miteinander, alle voller Enthusiasmus für die neue Schulform mit mehr Chancengleichheit, Freiarbeit und Teamgeist.

Und das waren wir mit Renate: Ein großes „Duz-Team“ im Ganztagsbetrieb. Dazu gehörten Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen, Schulpsychologe, Mitarbeiter*innen aus Bibliothek, Mensaverein und Sekretariat, Hausmeisterteam und viele Eltern. Renate verstand es, die Schulgemeinde für die aktive Mitgestaltung zu bewegen. Dazu gehörten neben der Förderung in den Kernfächern Aufmerksamkeits-, Selbstsicherheitstraining, Mädchenförderung. Es gab Ruheraumprojekte, Teestube, Hausaufgabenbetreuung, naturwissenschaftliche und Kunstprojekte, Musical- und Theateraufführungen. Die Schulgemeinde war engagiert beteiligt, Renate unterstützte alle Aktivitäten.

Man fühlte sich wertgeschätzt, wurde beteiligt, konnte seine Ideen verfolgen: „Probiere einfach aus!“ Aus mancher anfänglich verrückt erscheinenden Idee wuchsen pädagogische Selbstverständlichkeiten, die inzwischen nicht nur bei den Gesamtschulen verankert sind.

Viele der ersten Kolleg*innen kamen aus Hauptschulen, kannten sich von der GEW-Arbeit. Das neue Gesamtschulkollegium, Renate eingeschlossen, arbeitete selbstverständlich weiter im Sinne dieser Vorstellungen. Zu Personalversammlungen fuhr man geschlossen, nur wer verhindert war, trug sich ins Mitteilungsbuch ein, Entscheidungen traf man weitgehend gemeinsam, durchaus nach heftigen Diskussionen. Überhaupt wurde vieles besprochen, um Lösungen wurde manchmal auch laut und lange gerungen. Menschen Mut zu machen, selbst Verantwortung zu übernehmen und sich etwas zuzutrauen war eines von Renates Leitmotiven. Sie war überzeugt, stark, klar und mutig. Sie setzte sich häufig gegen Widerstände durch, nicht zuletzt, als es um die Namensgebung unserer Schule ging. Der Name Erich Fried war nicht allen willkommen, insbesondere einigen CDU – Politikern unserer Stadt nicht. Wir denken gern an die ersten Jahre unserer Schule unter der Leitung von Renate zurück.

Conni Adlung und Jutta Webelsiep



Frisch eingestellt im Schuldienst

Muss ich mich absichern gegen Berufsunfähigkeit?

// Jung und gesund, da beschäftigt man sich nicht so gerne damit, dass man plötzlich krank werden könnte. Und das ist ja auch in der Tat die Ausnahme. Aber es kann nicht schaden, sich mit einigen Voraussetzungen auch schon beim Berufseinstieg auszukennen. //

In der Regel werden ausgebildete Lehrkräfte im Beamtenverhältnis eingestellt. Was die soziale Absicherung betrifft, gehören sie damit zu einer durchaus privilegierten Gruppe. Sie sind bei längerer Erkrankung nicht auf Krankengeld angewiesen, sondern erhalten weiterhin das Gehalt und die Pensionsansprüche sind deutlich besser als vergleichbare Rentenansprüche.

Doch wenn man z.B. durch Unfall oder schwere Krankheit in den ersten Berufsjahren so getroffen wird, dass man den Lehrerberuf nicht mehr ausüben kann, steht man vor einem großen Problem.

Wartezeit von fünf Jahren

Pensionsansprüche greifen nämlich erst nach einer fünfjährigen Wartezeit. Was bedeutet das? Erst wenn man diese Wartezeit erfüllt hat, bekommt man bei einer Dienstunfähigkeit überhaupt Pensionsleistungen.

Wie berechnet sich die Wartezeit?

Dazu gehören alle Beamtendienstzeiten - auch der Vorbereitungsdienst - und Zeiten als angestellte Lehrkraft nach dem 2. Examen, die unmittelbar vor einer Übernahme ins Beamtenverhältnis liegen, z.B. als Vertretungskraft. Hat man diese Wartezeit erfüllt und wird z.B. durch schwere Erkrankung dienstunfähig, dann erhält man eine sogenannte Mindestversorgung, die zurzeit gut 1800€ brutto beträgt. Das muss dann versteuert werden und die Beiträge für die private Krankenversicherung sind auch weiter fällig. Trotzdem eine vergleichsweise komfortable Situation im Vergleich zur Rentenversicherung.

Lücke kann nur privat geschlossen werden

Diese „Lücke“ der ersten fünf Jahre kann man nur privat ordentlich absichern, z.B. durch eine Berufsunfähigkeitsversicherung. Es empfiehlt sich allerdings eine unabhängige Beratung z.B. durch die Verbraucherberatung.

Achtung: OBAS, PE und VOBASOF

Falsche Stufenzuordnung führt zu Verlusten

// Immer wieder müssen wir in Beratungsgesprächen feststellen, dass die Schulbehörden die Stufenzuordnung bei den Absolvent*innen der „OBAS“, der Pädagogischen Einführung und der „VOBASOF“ nicht immer korrekt berechnen, so dass es zu erheblichen Gehaltseinbußen kommen kann. //

Hintergrund ist, dass die mögliche Anerkennung von „förderlichen Zeiten“ nicht immer beachtet wird. Diese Anerkennung ist nämlich möglich bei folgenden Lehrkräften:

- Tarifbeschäftigte, die an OBAS, VOBASOF oder Pädagogischer Einführung teilnehmen
- Tarifbeschäftigte mit Fachhochschulabschluss, die sich zum Erwerb des Lehramtes am Berufskolleg verpflichten
- Tarifbeschäftigte, eingestellt nach zunächst erfolgloser Ausschreibung (befristet oder unbefristet)

Anerkennung beruflicher Vorerfahrungen

Als förderliche Zeiten können bei diesen Beschäftigten alle beruflichen Vorerfahrungen anerkannt werden, die für den angestrebten Lehrerberuf dienlich sind und schriftlich belegt werden.

Es kommen dabei nicht nur Lehrtätigkeiten in Betracht (z.B. bezahlte Hausaufgabenhilfe), sondern auch fachspezifische Tätigkeiten in einem vorher ausgeübten anderen Beruf, die für den Lehrerberuf förderlich sind (z.B. Magister Englisch, Tätigkeit als Übersetzer, eingestellt für Englisch). Die Anerkennung soll großzügig ausgelegt werden. Auf die Art der Beschäftigung kommt es dabei nicht an (z.B. hauptberuflich, nebenberuflich, freiberuflich, geringfügig, kurzfristig, befristet, mit Unterbrechung). Selbstständige Tätigkeiten (z.B. Nachhilfeunterricht) sind grundsätzlich durch die Einkommenssteuererklärung nachzuweisen. Berücksichtigt werden höchstens sechs Jahre, was im Einzelfall bis zur Stufe 4 führen kann.

Einstufung überprüfen und ggfs. schriftlichen Antrag stellen

Sollte deine Einstufung nicht korrekt ist, stelle sofort einen schriftlichen Antrag auf Korrektur und nimm Kontakt mit unseren Personalräten auf. Eine Nachzahlung ist wegen der Ausschlussfrist des Tarifvertrages sechs Monate rückwirkend möglich.

Kinderkrankentage

Weitere Ausweitung der Betreuungstage für Kinder

// Für das Jahr 2021 wurde am 22.4.2021 rückwirkend noch einmal der Anspruch auf „Kinderkrankentage“ um weitere 10 zusätzliche Arbeitstage erhöht. Alleinerziehende erhalten sogar 20 zusätzliche Arbeitstage. //

Dadurch haben gesetzlich Versicherte und Beamt*innen jetzt einen Anspruch auf Freistellung für 30 Tage pro Kind und Alleinerziehende für 60 Tage. Insgesamt ist der Anspruch allerdings auf 65 Tage bzw. 130 Tage bei Alleinerziehenden beschränkt. Dieser Anspruch gilt auch weiterhin dann, wenn die Betreuung des Kindes zu Hause erforderlich ist, weil Schule oder Kindergarten pandemiebedingt geschlossen sind oder die Präsenzpflcht im Unterricht ausgesetzt bzw. der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot eingeschränkt wurde. Er besteht unabhängig von der Möglichkeit der mobilen Arbeit. Wie bisher können die Tage auch weiterhin zur Betreuung von Kindern unter 12 Jahren oder Kindern mit Behinderung ohne Altersbegrenzung gewährt werden, soweit keine andere Person zur Verfügung steht.

Bezahlung während der Freistellung

Sie beträgt für Angestellte in der Regel 90 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts (Kinderkrankengeld). Beamt*innen erhalten die normale Besoldung. Privat versicherte Angestellte bzw. Kinder, können einen Anspruch nach § 56 Absatz 1 Infektionsschutzgesetz geltend machen. Diese Verdienstausschlagung kann für maximal 10 Wochen pro Elternteil gezahlt werden, bei Alleinerziehenden 20 Wochen. Eltern und Alleinerziehende erhalten in diesen Fällen eine Entschädigung von 67 Prozent des entstandenen Verdienstausschlags (maximal 2016 Euro) für längstens zehn Wochen pro erwerbstätigen Elternteil beziehungsweise 20 Wochen für Alleinerziehende. Antrag unter www.ifsg-online.de

Antragstellung

Zuständig für die Dienstbefreiung ist die Schulleitung. Angestellte müssen darüber hinaus einen Antrag für die Auszahlung des Kinderkrankengeldes bei der Krankenkasse stellen. Bei Krankheit des Kindes muss der Krankenkasse ein ärztliches Attest vorgelegt werden, bei Arbeitsausfall aufgrund von Kinderbetreuung wird eine Bescheinigung der Schule oder Einrichtung der Kindertagesbetreuung benötigt.



Alles anders dieses Jahr

Ehrung der Jubilare und Jahreshauptversammlung

// Tja, wie so fast alles in diesem Jahr anders ist, so auch die Ehrung der Jubilare im Zusammenhang mit der Jahreshauptversammlung. Dieses Mal digital, per ZOOM- Meeting, dafür aber mit einer erstaunlich hohen Beteiligung! //

Eine Tatsache, die zur Vermutung führen könnte, dass es für die zu Ehrenden mit eingeschränkter Beweglichkeit vielleicht einfacher und ermutigender ist, in dieser Form daran teilzunehmen als unter Umständen aufwändig irgendwohin zu fahren oder gefahren werden zu müssen. Die neuen Medien bieten viele Möglichkeiten, vielleicht in Zukunft einen Livestream der Veranstaltung um möglichst vielen gerecht zu werden? Schon im Vorfeld hatte das Leitungsteam keine



Kosten und Mühen gescheut, allen Jubilaren mit der Zustellung der Urkunde nicht nur die Einladung mit dem Link zu schicken, sondern auch „Samenbomben“ mit in den Umschlag zu geben. Hört sich gefährlicher als es ist, versprechen sie doch ein blütenreiches Umfeld für uns Jubilar*innen den ganzen Sommer lang. Mit blumenreichen Worten führte Ute Halein durch die verschiedenen zu ehrenden Jahrgänge. Darunter Willi Brahmman, als einen der ältesten teilnehmenden Ehrenjubilare, und Eckehard Vogt als ehemaliger Vorsitzender und viele andere langjährig Aktive in der GEW.

Auch auf ein „Kulturprogramm“ wie sonst gewohnt, musste nicht verzichtet werden. Abwechslungsreich unterbrochen wurden die Ehrungen durch Fotos vergangener Veranstaltungen, Videobeiträge und Sketche per Bildschirmteilung.

Nach der Jahreshauptversammlung mit allen nötigen Berichten, Entlastungen und erforderlichen Wahlen, kam noch zum Abschluss die kabarettistische Empfehlung à la Hape Kerkeling, wie man die Krise überstehen kann: Mit einem Eierlikörchen!

Alles in allem eine gelungene Veranstaltung, die der Vorstand organisiert und möglich gemacht hat. Herzlichen Dank dafür!

Ursula Kurzrock



„... und laut zu sagen: Nein.“ Ausstellung des Max-Leven-Zentrums ist eröffnet

// Wir haben bereits über die geplante Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum berichtet, auch über die Ausstellung des Max-Leven-Vereins über die Zeit des Nationalsozialismus im Zentrum für verfolgte Künste. Diese Ausstellung ist seit dem 8. Mai eröffnet. //

Das Zentrum für verfolgte Künste schreibt dazu: „... drei Ausstellungen im Zentrum für verfolgte Künste im Frühjahr und Sommer 2021 versammeln sich unter dem Tucholsky-Zitat „... und laut zu sagen: Nein.“ Kurt Tucholsky veröffentlichte seine düstere prophetische Mahnung 1921: „Denn nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein.“ Alle drei Ausstellungen zeigen Strategien, sich unter den Bedingungen der mörderischen Diktatur des NS-Systems die Individualität zu bewahren, sich der Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus zu widersetzen, laut oder leise „Nein“ zu sagen.“

Drei Säulen gehören zu dem Angebot des „Zentrums“:

- Écraser l'infâme! Zerstört die Niedertracht - Künstler und das KZ - die Sammlung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen - 8. Mai bis 13. September 2021
- „... und laut zu sagen: Nein.“
- Formen, Strategien und Bedingungen des Widerstands gegen das NS-System in Solingen, Ausstellung des Max-Leven-Zentrums Solingen e.V. – 8. Mai bis 14. November 2021
- Boris Lurie. Das Haus von Anita - 100 Kunstwerke zur deutschen Erstveröffentlichung von Boris Luries Lebens- und Überlebenswerk im Wallstein Verlag – 8. Mai bis 1. August 2021

Ausführliche Informationen erhaltet ihr auf der Seite des „Zentrums für verfolgte Künste“: verfolgte-kuenste.com

Am 8. Mai konnte die Ausstellung nach einjähriger, Corona-bedingter Wartezeit in einem größeren Festakt eröffnet werden.

Tickets für das Zentrum für verfolgte Künste sind erhältlich unter www.solingen-live.de - telefonisch erreicht ihr das „Zentrum“ unter 0212 2581418.

Ein Besuch dieser dreiteiligen Ausstellung ist sicherlich lohnenswert!

Die GEW wird Führungen im „Zentrum für verfolgte Künste“ anbieten, weitere Informationen folgen.

Ein wenig näher eingehen möchten wir auf die Ausstellung des Vereins „Max-Leven-Zentrum e.V.“

Auf 63 Wandtafeln wird das Schicksal von Verfolgten, Opfern, Widerstandskämpfer*innen mit unterschiedlichen Motivationslagen, Täten und deren (Nicht-)Verfolgung nach 1945 dargestellt. Auf Einzelschicksale wird differenziert eingegangen. Ein Bereich widmet sich Ernst Walsken und den „Moorsoldaten“.

Zu weiterführenden Informationen oder bestimmten Orten usw. wird mit Links bzw. QR-Codes verwiesen. Die Tafeln sind nach verschiedenen Aspekten geordnet und entsprechend markiert. In Führungen werden Schwerpunkte herausgearbeitet.

Hier ist eine sehr differenzierte und historisch fundierte Arbeit geleistet worden. Sie wird gestalterisch beeindruckend dargestellt. Wir freuen uns, dass ein überzeugendes Angebot für die Solinger Schulen zum historischen Lernen entstanden ist. Und wir bedanken uns bei Daniela Tobias, der Vorsitzenden des Vereins „Max-Leven-Zentrum“, sowie bei den Historikern Dr. Stephan Stracke und Dr. Horst Sassin (langjähriges GEW-Mitglied), dem Stadtarchiv Solingen und allen weiteren Beteiligten für diese unsere Stadt bereichernde Ausstellung.

Erfreut sind wir auch über das Interesse, das wir in der Solinger Schullandschaft wahrnehmen. An jeder Solinger Schule mit Sekundarstufe I und/oder II sind Kolleg*innen als Ansprechpartner*innen für das Max-Leven-Zentrum benannt. Die Kommunikation klappt gut.

An einer Fortbildungsveranstaltung (Zoom-Konferenz) zu didaktischen Möglichkeiten der Ausstellung, die wir für die GEW und den Ev. Kirchenkreis organisiert haben, nahmen Vertreter*innen von zwei Dritteln aller angesprochenen Schulen teil – und das trotz der hohen Arbeitsbelastung in den vergangenen Wochen. Dank gilt auch den referierenden Kolleginnen und ihrer Arbeit.

Wir sind sicher: Das Max-Leven-Zentrum wird unsere Stadt bereichern!

Weitere Informationen zur Ausstellung und zu den Einzelschicksalen mit vertiefenden Links finden ihr unter www.max-leven-zentrum.de Birgit und Michael Seiffert, die sich freuen, für die GEW das Max-Leven-Zentrum unterstützen zu dürfen.



Solidarität ist Zukunft

1. Mai 2021 in Solingen

// Schon das zweite Mal, an dem wir zum 1. Mai hier in Solingen nicht auf die Straße gehen, uns persönlich austauschen, reden, trommeln, Musik hören ... Das hat auch zu kritischen Nachfragen geführt. Wäre nicht wenigstens ein Autokorso möglich gewesen? //

Der DGB in Solingen und Remscheid hat stattdessen dieses Jahr einen Online-Austausch organisiert, der auf YouTube zu verfolgen war und ist. Leider ist der Link dazu erst kurz vorher aus urheberrechtlichen Gründen noch einmal geändert worden, sodass der per Email an unsere Mitglieder verschickte Link ins Leere führte.

Gewerkschaftsmitglieder konnten Fragen stellen, zu denen die Oberbürgermeister von Solingen und Remscheid, Tim Kurzbach und Burkhard Mast-Weisz, Stellung nahmen, ebenso gab es eine Diskussionsrunde mit den DGB Vorsitzenden von Solingen und Remscheid, Peter Horn und Peter Lange, Marco Röhrig, erster Bevollmächtigter der IG Metall in Remscheid und Solingen und der selbstständigen Unternehmensberaterin Anke-Andrea Peiniger. Eingebettet war das in ein Programm aus Reden, Grußworten und kulturellen Leckerbissen.

Der Fragekomplex startete mit einer Frage aus dem Bereich Schule. Unser Gewerkschaftsmitglied Edgar Köppel lobte die Aufwendungen für Bildung in Solingen und fragte nach, wie die Expertisen der Lehrkräfte bei den anstehenden Bauvorhaben konkret langfristig eingebunden werden.

Beide Oberbürgermeister betonten, dass es ohne eine Beteiligung der Betroffenen nicht ginge. Tim Kurzbach verwies auf die Einbindung des örtlichen Personalrats Grundschule. Mit ihrer Unzufriedenheit über die Bildungsministerin hielten beide nicht hinter dem Berg. Burkhard Mast-Weisz bat um Unterstützung der GEW auf Landesebene, damit die Kommunen dauerhaft im Bildungsbereich investieren können.

Es ist eine gute Mischung aus Information, Industriekultur, Musik und Diskussion geworden. Es lohnt sich reinzuschauen:

www.youtube.com/watch?v=F9F6AltBDvw

Vorstand und Service

Leitungsteam:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
Nina Meier	nina.meier@gew-nrw.de
Sabine Riffi	sabine.riffi@gew-nrw.de
Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de

Kassiererin:

Franziska Sadzik	franziska.sadzik@gew-nrw.de
------------------	-----------------------------

Schriftführerin:

Andrea Schütt	andrea.schuett@gew-nrw.de
Julia Bemboom	j.bemboom@gmx.de

Referent für Öffentlichkeitsarbeit:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Referentin für Bildung:

Nina Meier	nina.meier@gew-nrw.de
------------	-----------------------

Referentin für Rechtsfragen:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
------------	-----------------------

Ausschuss der Ruheständler*innen:

Birgit Seiffert	birgit.seiffert@gew-nrw.de
Michael Seiffert	michael.seiffert@gew-nrw.de

DGB-Kontakt:

Edgar Koepfel	edgarkoepfel@web.de
---------------	---------------------

Ruhegehaltsberechnung:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Offene GEW-Sitzung:

Dienstag, 29.06.2021, Mittwoch, 25.08.2021, Dienstag, 28.09.2021

um 17.15 Uhr | Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest - bitte beim Vorstand erfragen



Impressum:

GEW-Stadtverband Solingen
 c/o Paradedstr. 21, 42107 Wuppertal
 Tel. 0202 - 44 02 61
 solingen@gew-nrw.de

Solingen Letter Redaktion

Nina Meier
 nina.meier@gew-nrw.de

Die GEW Solingen gratuliert

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2021

Unsere Jüngsten

25 Jahre

Carolin Lemmens
Franziska Schweitzer

30 Jahre

Valbone Merturi
Janina Schabert

40 Jahre

Yusuf Özcan
Carina Spanu

50 Jahre

Alexandra Hilgendorf
Björn-Carsten Höroldt

60 Jahre

Achim Fritsche

70 Jahre

Bernhard Mirtschink

80 Jahre

Wilma Lankes-Weber
Kersti Mummert



Herzlichen Glückwunsch

Besondere Geburtstage von April bis Juni 2021

Unsere Jüngste

26 Jahre

Susanne Schrott

70 Jahre

Gerd Neysters

30 Jahre

Nico Ambros

Pia Borggreve

Bernd Hofschröer

80 Jahre

Karin Lemmen

94 Jahre

Margot Sturm

40 Jahre

Daniela Kubiak

Swapna Panamthottathil

Julia Qaimi

Hannah Vorholt

50 Jahre

Diane Bowyer

Peter Bürkle

Dorothee Echterhoff

Katinka Reinert

Brigitte Weyand

60 Jahre

Angelika Hussmann

Jürgen Kadlubek

Claudia Lappe

Julia Larink

Ali Seamari



Leitungsteam

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Knut Koslowski

knut.koslowski@t-online.de

Hanne Steffin-Özlük

hanne.steffin@
gesamtschulelevelbert.de

Kassierer

Knut Koslowski

knut.koslowski@t-online.de

Für die Alt-Ortsverbände

Klaus Wansleben

früher OV Ratingen
gewwansleben@web.de

Birgit Dinnessen-Speh

früher OV HHME
birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Dorthe Mengel

früher OV Niederberg
dorthe.mengel@gew-nrw.de

Harald Sprave

früher OV Langenfeld/Monheim
haraldsprave@t-online.de

Ruhegehaltsfragen

Herbert Romund

Kontakt Ruhegehaltsfragen
herbert.romund@gew-nrw.de

Personalräte | Ansprechpartner*innen

Grundschule

Dorthe Mengel

dorthe.mengel@gew-nrw.de

Mechthild Hesterkamp

mechthild.hesterkamp@gew-nrw.de

Annette Müller

annette.mueller@gew-nrw.de

Förderschule

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Hauptschule

Ali Seamari

ali.seamari@gew-nrw.de

Realschule

Rainer Rieger

rainer_rieger@yahoo.de

Gesamtschule

Monica Mookherjee

monica.mookherjee@
gesamtschulelevelbert.de

Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Berufskolleg

Antje Schipper

antje.schipper@gew-nrw.de



Leitungsteam

Martina Haesen-Maluck

martina.haesen@gew-nrw.de

Tino Orlishausen

tino.orlishausen@gew-nrw.de

Richard Voß

richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Team Rechtsschutz

Helga Krüger

helga.krueger@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Team Angestellte

Dr. Egbert Fröse

egbert-froese@web.de

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gew-nrw.de

Christine Schwedler

christine.schwedler@gew-nrw.de

Michael Saga

Michael.Saga@gmx.de

Team Senior*innen

Inge Hanten

inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke

Wernecke_Birgit@gmx.de

Vertrauensleute/Lehrerräte

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Verbindung zum DGB

Dr. Dirk Krüger

krueger.wtal@t-online.de

Fachgruppe Grundschule

Hatun Cici

hatun.cici@gew-nrw.de

Anna Oëx

anna.oex@gew-nrw.de

Karen Weber

karen.weber@gew-nrw.de

Fachgruppe Förderschule

Conny Fahle

cornelia.fahle@gew-nrw.de

Fachgruppe Hauptschule

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule

Vanessa Yasmin Scholl

vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Markus Pörner

markus.poerner@gew-nrw.de

Fachgruppe Realschule

Christian Neumann

christian.neumann@gew-nrw.de

Fachgruppe Berufskolleg

Johannes Ulke

johannes.ulke@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Kontakt Studierende

Julia Schnäbelin

hib-wuppertal@gew-nrw.de

Fachgruppe Dozent*innen

Dr. Susanne Achterberg

prwiss@uni-wuppertal.de

**Örtlicher Personalrat
Grundschule Wuppertal**

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de
Tel. 0202/563 7367

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de
Tel. 0202/7993123

Karen Weber
karen.weber@gew-nrw.de
Tel. 0202/573902

Nina Prins-Stein
nina.prins@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de
Tel. 0202/2531681

Andrea Oppermann
andrea.oppermann@gew-nrw.de

Hatun Cici
hatun.cici@gew-nrw.de
Tel. 0202/620132

Yvonne Diestelmann
yvonne.diestelmann@gew-nrw.de
Tel. 0202/7240596

**Personalrät*innen /
Ansprechpartner*innen der
anderen Schulformen**

Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de
Tel. 0202/557791

Silke Thielmann
silke.thielmann@gew-nrw.de
Tel. 0202/608214

Förderschule
Conny Fahle
cornelia.fahle@gew-nrw.de
Tel. 0202/4598488

Realschule
Christian Neumann
christian.neumann@gew-nrw.de
Tel. 0202/708925

Gesamtschule
Tino Orlishausen
tino.orlishausen@gew-nrw.de
Tel. 0157/58078073

Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de
Tel. 0177/9654362

Vanessa Yasmin Scholl
vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de
Tel. 0202/9742874

Berufskolleg
Antje Schipper
antje.schipper@gew-nrw.de
Tel. 0201/6153250

**Personalrat wiss. u. künstl.
Beschäftigte Berg. Universität**
Dr. Susanne Achterberg
prwiss@uni-wuppertal.de
Tel. 02333/601044

Personalrat bergische VHS
Barbara Simoleit
barbara.simoleit@bergische-vhs.de
Tel. 0202/5632251

